

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
 A. Einleitung	 1
I. Problemstellung	1
II. Zielsetzung	3
III. Gang der Untersuchung	3
 B. Von der „Subprime“-Krise (2007) zur Entstehung einer neuen Ordnung in der Wirtschafts- und Währungsunion	 6
I. Ursprung und Entwicklung schwerwiegender Finanzierungs- probleme von Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets	 7
1) Entstehung und Verlauf der Finanzkrise	8
2) Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird zur Staatsschuldenkrise	14
3) Die Konstruktionsschwächen der WWU als Ursache der Staatsschuldenkrise	16
4) Die einheitliche Geldpolitik der EZB als Katalysator der Krise	23
II. Der Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion	 26
1) Das Krisenmanagement der Eurozone im Lichte des Unionsrechts	27
a) Maßnahmen zum Erhalt der Eurozone	27
aa) Griechenlandhilfe	27
bb) Der temporäre Schutzschirm für das Euro-Währungsgebiet ..	28
aaa) Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus	29
bbb) Europäische Finanzstabilisierungsfazilität	30
ccc) Internationaler Währungsfonds	31

cc) Die Interventionen der Europäischen Zentralbank	33
aaa) Einsatz von Mengentendern mit Vollzuteilung	34
bbb) Securities Market Programme	35
ccc) Outright Monetary Transactions Programme	36
b) Die Vereinbarkeit des europäischen Krisenmanagements mit den vertraglichen Haftungsausschlüssen	37
2) Eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone	42
a) Das Selbstverständnis einer Europäischen Wirtschaftsregierung ..	43
b) Maßnahmen der Europäischen Wirtschaftsregierung	44
aa) Reformpaket „Economic Governance“	44
aaa) Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts	45
bbb) Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte	47
ccc) Das Europäische Semester	48
ddd) Rechtliche Bewertung des Reformpakets	50
bb) Euro-Plus-Pakt	51
cc) Pakt für Wettbewerb	53
c) Die Partizipation der Europäischen Zentralbank an einer Europäischen Wirtschaftsregierung	54
3) Bewertung des Krisenmanagements	57
III. Die Vertiefung der politischen Integration durch eine „Fiskalunion“	58
1) Die Konturen der Fiskalunion als einer neuen Ordnung der Wirtschafts- und Währungsunion	59
a) Der Fiskalvertrag als Grundlage einer Fiskalunion	60
b) Der ESM-Vertrag als zweite Säule einer neuen Ordnung	64
aa) Einrichtung	64
bb) Wahrung der Finanzstabilität als auslösendes Ereignis	65
cc) Institutionelle Besonderheiten	67
dd) Finanzielle Ausstattung	68
ee) Finanzhilfeinstrumente	69
ff) Verfahren zur Gewährung einer Stabilitätshilfe	69
gg) Konditionalität	71
hh) Das Verhältnis der EZB zum ESM	72
c) Die Errichtung einer Bankenunion	73
2) Die Fiskalunion als Element der Politischen Union	77
a) Das Demokratiedefizit der neuen Wirtschaftsordnung	81
b) Der Ausbau quasi-föderaler Kontroll- und Sanktions- mechanismen	83
IV. Resümee	85

C. Der Bedarf an demokratischer Legitimation

im Rahmen des ESM	88
I. Dimensionen demokratischer Selbstbestimmung	89
1) Input-orientierte Legitimation	91
2) Output-orientierte Legitimation	93
II. Einordnung des „Integrationsverbandes“ ESM	94
1) Die Theorie vom „Zweckverband funktionaler Integration“	95
2) Der ESM als ein Zweckverband funktionaler Integration? ..	96
III. Die Sicherstellung demokratischer Legitimation des ESM	101
1) Demokratietheoretische Einordnung des ESM-Vertrages ...	101
2) Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Ratifizierung des ESM-Vertrages	102
a) Die Umsetzung des ESM-Vertrages in Deutschland	102
b) Die Ratifizierung in den Staaten der Eurozone	106
3) Technokratischer Sachverstand als Kompensat unmittelbarer Legitimation?	113
a) Die Legitimation US-amerikanischer Regulierungsbehörden als Vorbild für den ESM?	113
b) Output- Legitimation als ausreichende Legitimationsbasis	115
IV. Resümee	121

D. Einordnung der solidarischen Finanzhilfen aus dem ESM

in das System des bundesstaatlichen Finanzausgleichs	124
I. Ursprung und Bedeutung des Grundsatzes der Solidarität	125
II. Solidarität als Prinzip des nationalen Verfassungsrechts, insbesondere in föderalen Ordnungen	129
1) Solidarität als Konstruktionsprinzip des modernen Verfassungsstaates	129
2) Solidarität als Leitidee bundesstaatlicher Ordnungen	132
a) Die Bedeutung der Finanzverfassung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben	132
b) Ausprägungen solidarischer Verteilungsmechanismen in föderalen Systemen	134
aa) Deutschland	134
bb) USA	136

cc) Schweiz	137
dd) Spanien	139
ee) Italien	141
III. Der ESM als europäisches Pendant zu föderalen Umverteilungsmechanismen?	143
1) Gemeinsamkeiten und Unterschiede	143
2) Der ESM als kleiner Bruder des Internationalen Währungsfonds	149
IV. Resümee	152
E. Die Entwicklung einer Solidarhaftung in der Europäischen Union	154
I. Die Unionsverträge als ein Verbundnetz effektiver Gegenseitigkeit	155
1) Überblick über den Begriff der Solidarität im Recht der Union	155
2) Bedeutungsschichten europäischer Solidarität	156
a) Solidarität als organisatorisches Prinzip des Staatenverbundes ...	156
b) Solidarität als derivatives Leistungsrecht der Unionsbürger	158
c) Solidarität als kooperative loyale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten (Art. 4 Abs. 3 AEUV)	159
3) Primärrechtliche Anknüpfungspunkte zur Begründung einer finanziellen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten .	160
a) Solidarität im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung (Art. 80 AEUV)	160
b) Solidarität in der Struktur- und Kohäsionspolitik der Union (Art. 174 ff. AEUV)	162
c) Art. 122 AEUV als Grundlage für Solidarität innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion	164
d) Finanzielle Solidarität bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten (Art. 143 f. AEUV)	165
e) Die Solidaritätsklausel (Art. 222 AEUV)	167
f) Ein solidarischer Grundgehalt als Destillat eines gemeinsamen Werteverständnisses	168
g) Zwischenergebnis: Solidaritätsverpflichtungen ausschließlich nach Maßgabe der Regel der begrenzten Einzelermächtigung (Art. 5 Abs. 2 EUV)	171
II. Das Maß an Solidarität in der Union: ein unionsweiter sozialstaatlicher Mindeststandard	172

1) Die föderale Vorstellung von der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (Art. 72 Abs. 2 GG) als Ausgangspunkt	172
2) Die Kohäsionspolitik als Parameter für wirtschaftliche und soziale Grundbedingungen in der Union	175
a) Vertragliche Wurzeln der Kohäsionspolitik	175
b) Die Vergleichbarkeit der Kohäsionspolitik mit der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesstaat	177
3) Subsidiarität als Gegenpol und Grenze von Solidarität	179
III. Resümee	182
 F. Der ESM als ein neues Paradigma an Solidarität in der EU? ..	185
I. Einordnung des ESM in das solidarische Verbundnetz der Union	185
1) Der Rettungsschirm außerhalb des Gestaltungsauftrags der Wertegemeinschaft	185
2) Ausdehnung unionsweiter sozialstaatlicher Mindeststandards	186
3) Reduzierung des Grundsatzes der Subsidiarität	187
4) Zwischenergebnis	188
II. Das Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität in der WWU	188
III. Eigenverantwortung und Solidarität in den völkerrechtlichen Verträgen	190
1) Stärkung der nationalen haushaltsrechtlichen Eigenständigkeit durch den VSKS	190
2) Der solidarische Gehalt des ESMV	191
a) Kriterien für die Verwirklichung von Solidarität	191
b) Der ESM als „Europäischer Solidaritätsmechanismus“?	194
3) Ergebnis	196
IV. Eine Stabilitätskultur der ESM-Mitglieder als Voraussetzung solidarischen Beistands	199
1) Kriterien einer gemeinsamen Stabilitätskultur	199
2) Absicherung und Förderung einer Stabilitätskultur durch Anreizkompatibilität	202
a) Der Schuldenschnitt als <i>last resort</i>	203
b) Die Notwendigkeit einer Staatenresolvenz	207
V. Resümee	214

G. Zusammenfassende Thesen und Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion	216
I. Zusammenfassende Thesen	216
II. Perspektiven der Wirtschafts- und Währungsunion	218
Literaturverzeichnis	223
Stichwortverzeichnis	251